



Protokollauszug zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 30.07.2025, 17:00 Uhr, Kulturzentrum, Großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Fragestunde für die Einwohnerschaft

Vorl.Nr.

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt OBM **Dr. Knecht** mit, entsprechend der Beratung im Mobilitäts- und Umweltausschuss am 24.07.2025 werde Tagesordnungspunkt 9 „Entwurfs- und Baubeschluss Radschnellweg RS 8 Seestraße bis Oststraße“ von der heutigen Tagesordnung abgesetzt. Das Thema werde im Herbst erneut aufgegriffen. Im Anschluss begrüßt er die Anwesenden zur Sitzung und ruft Tagesordnungspunkt 1 auf.

Ein **Bürger** trägt Fragen zur geplanten Stadtbahn „Lucie“ vor. Er habe sich über verschiedene Möglichkeiten zum Thema informiert und nehme wahr, dass momentan die Argumente gegen eine Stadtbahn überwiegen. Die Anträge der Freien-Wähler-Fraktion und der FDP-Fraktion seien ihm bekannt. Ihn interessiere, wer den Zweckverband steuert, wer dem Zweckverband den Auftrag zur Planung von Alternativrouten erteilt habe und ob es weitere Anträge aus dem Gremium oder aus dem Zweckverband zur Änderung der Streckenführung gebe. Zudem fragt er nach der weiteren Vorgehensweise.

OBM **Dr. Knecht** geht auf die Fragen ein und teilt mit, dass man im Jahre 2022 Beschlüsse in den beteiligten Kommunen sowie im Kreistag gefasst und den Zweckverband gegründet und beauftragt habe. Es gebe eine Zweckverbandsversammlung und einen Verwaltungsrat. Der Geschäftsführer sei Herr Michael Ilk. Zwischenzeitlich habe sich herausgestellt, dass die damals festgelegten Routen nicht in vollem Umfang realisierbar seien und die finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnisse sich verändert haben. Nach dem Vorliegen belastbarer Zahlen wolle man eine finale Entscheidung treffen. Dies sei für den Herbst vorgesehen. Neben dem Antrag der FW- und der FDP-Fraktion gebe es noch einen Antrag der AfD-Fraktion und einen Fragenkatalog der CDU-Fraktion, vorbereitend der anstehenden Diskussion.

BM **Mannl** geht auf die Alternativrouten ein. Durch diverse Herausforderungen auf der bisher angenommenen Trasse, gehöre die Prüfung zum üblichen Planungsgeschäft.

Ein weiterer **Bürger** (Vorsitzender des Ludwigsburger Naturschutzbundes) bittet und appelliert insbesondere die Innenstadt weiter zu begrünen und für ausreichend Beschattung und Regenrückhaltung zu sorgen. Für die Begrünung der Radschnellverbindung solle ein fünfstelliger Betrag bereitgestellt werden.

OBM **Dr. Knecht** geht auf den Appel zur Entsiegelung und mehr Baumbestand in der Stadt ein. Jüngst sei der Arsenalplatz mit einem deutlich höheren Baumbestand als bisher eingeweiht worden. Zum Schillerplatz gebe es ebenso ein klares Bekenntnis zur Entsiegelung. Er sagt eine weitere Intensivierung in der Stadt zu. Die weitere Beratung und die Beschlussfassung des Radschnellweges erfolge im Herbst.

TOP 2

Neuorganisation der Verwaltung

Vorl.Nr. 223/25

Beschluss:

1.

Der Gemeinderat stimmt der Neuorganisation der Verwaltung (siehe Grafik 1) und der Zielorganisation zum 01.01.2027 zu. Kern der neuen Struktur ist insbesondere die Reduzierung auf drei Dezernate sowie die Zusammenlegung von Fachbereichen.

2.

Die Umsetzung erfolgt in Phasen.

Zum 01.01.2026 werden die folgenden Veränderungen vorgenommen:

- a) Zusammenführung der Stabstelle Gleichstellung (S01) mit der Stabstelle Inklusion und Integration (S02). Die neue Bezeichnung lautet Stabstelle Gleichstellung, Inklusion und Integration (S01). Die neue Stabstelle wird dem Dezernat II zugeordnet.
- b) Integration des Fachbereichs IT und Digitalisierung (FB 15) in den Fachbereich Organisation und Personal (FB 10). Die vorläufige Bezeichnung lautet Fachbereich Organisation, Personal und Digitalisierung (FB 10). Der erweiterte Fachbereich verbleibt im Dezernat I.
- c) Integration der Geschäftsstelle WIN in den Fachbereich Revision (FB 14) und Aufbau einer Finanzsteuerung mit Controlling. Die vorläufige neue Bezeichnung lautet Fachbereich Finanzsteuerung, Controlling und Revision (FB 14). Der Fachbereich verbleibt im Dezernat I.
- d) Neuausrichtung des Referats Stadtentwicklung, Klima und Internationales (R05) unter der vorläufigen Bezeichnung Referat Stadtentwicklung, Klima und Steuerungsunterstützung (R05). Das Referat arbeitet weiterhin dezernatsübergreifend und ist dem Oberbürgermeister zugeordnet.
- e) Auflösung des Fachbereichs Recht (FB 30):
 - a. Verortung der Aufgabe und der Stelle des Beauftragten für Datensicherheit im künftigen Fachbereich Finanzsteuerung, Controlling und Revision (FB 14).

- b. Integration der Zentralen Vergabestelle Bau in das Team Zentrale Beschaffung und Vergabe im künftigen Fachbereich Organisation, Personal und Digitalisierung (FB 10).
- c. Verschiebung der übrigen Aufgaben (Justizariat, Datenschutz, Versicherungen etc.) mitsamt Stellen in das Referat Stadtentwicklung, Klima und Steuerungsunterstützung (R05).
- f) Integration des Fachbereichs Nachhaltige Mobilität (FB 63) in den Fachbereich Stadtplanung und Geoinformation (FB 61). Die vorläufige Bezeichnung lautet Fachbereich Stadtplanung, Nachhaltige Mobilität und Geoinformation (FB 61). Der Fachbereich wird im Dezernat IV verortet.

3.

Spätestens zum 01.01.2027 werden die folgenden Veränderungen umgesetzt:

- a. Zusammenführung von Dezernat III und Dezernat IV. Dem neuen Dezernat III werden die folgenden Fachbereiche zugeordnet: Fachbereich Liegenschaften und Wohnen (FB 23), Fachbereich Bürgerbüro Bauen (FB 60), Fachbereich Stadtplanung, Nachhaltige Mobilität und Geoinformation (FB 61), Fachbereich Hochbau und Gebäudewirtschaft (FB 65), Fachbereich Tiefbau und Grünflächen (FB 67), Fachbereich Technische Dienste Ludwigsburg (FB 68), Eigenbetrieb Stadtentwässerung Ludwigsburg (EB 81).
- b. Integration des Fachbereichs Wirtschaftsförderung (FB 80) in den Eigenbetrieb Tourismus und Events Ludwigsburg (EB 89) unter der neuen Bezeichnung Eigenbetrieb Wirtschaft, Tourismus und Events (EB 89).
- c. Integration der Aufgabe Städtepartnerschaften mitsamt Stellen (derzeit im Referat) in den Eigenbetrieb Wirtschaft, Tourismus und Events (EB 89).
- d. Aufbau eines Teams Bürgerschaft und Kommunikation im künftigen Referat Stadtentwicklung, Klima und Steuerungsunterstützung. Die personellen und finanziellen Ressourcen werden stellen- und budgetneutral unter anderen aus der Abteilung FB 13.1 Pressearbeit und Kommunikation verschoben.
- e. Aufbau einer Geschäftsstelle Presse und Gremien in direkter Zuordnung zum Oberbürgermeister. Die neue Geschäftsstelle umfasst die Geschäftsstelle Gemeinderat sowie die Pressearbeit aus der bisherigen Abteilung Pressearbeit und Kommunikation.
- f. Zusammenführung des Fachbereichs Kunst und Kultur (FB 41) mit der Abteilung Sport (FB 57.5). Der neue Fachbereich erhält die Bezeichnung Kultur und Sport (FB 45) und wird im Dezernat I verortet.
- g. Der Fachbereich Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport (FB 57) erhält die neue Bezeichnung Fachbereich Gesellschaftliche Teilhabe und Soziales (FB 57).
- h. Zusammenführung des Fachbereichs Sicherheit und Ordnung (FB 32) mit dem Fachbereich Bürgerdienste (FB 33) unter der vorläufigen Bezeichnung Fachbereich Sicherheit, Ordnung und Bürgerdienste (FB 31). Der neue Bereich wird im Dezernat II verortet.

4.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Umsetzung dieser Veränderungen (Ziffer 2 & 3) einzuleiten. Dies betrifft zunächst die Maßnahmen in Ziffer 2 (auf 01.01.2026) und folgende Aufgaben:

- a. die Durchführung der Organisationsentwicklungsprozesse inklusive der strukturierten Übergabe von Aufgaben und Fachentscheidungen vorbereitend und jahresübergreifend 2025/2026 sowie 2026/2027.

- b. die Anpassung der Hauptsatzung sowie die Vorbereitung der Beratungen des Gemeinderats über die künftige Anzahl der beschließenden Ausschüsse.
- c. die Vorbereitung der Personalentscheidungen für Fachbereichsleitungen und stellvertretende Fachbereichsleitungen.
- d. die Anpassung der Haushalts- und Kassensysteme und aller nachgelagerten Anwendungen und Systeme.

5. Salvatorische Klausel

Änderungen, die hier nicht explizit benannt sind, sich aber aus den vorgenannten Schritten ergeben, können ohne weitere Beschlüsse umgesetzt werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen und getrennt nach den Ziffern 1, 2 und 3 bis 5.

Der Beschluss zu Ziffer 1 wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Der Beschluss zu Ziffer 2 wird mit 37 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst.

Der Beschluss zu den Ziffer 3 - 5 wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Jordan
 - Stadträtin Liepins
 - Stadtrat Zeltwanger

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die öffentliche Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses vom 22.07.2025. Er geht er auf die Vorlage ein und erläutert die vorgesehenen Änderungen in der Organisationsstruktur. OBM **Dr. Knecht** spricht von einem „schmerzhaften Schritt“. Er arbeite mit BM Mannl, BMin Schwarz und EBMin Schmetz sehr gut zusammen, außerdem gebe es mehr als genug Arbeit für vier Dezernate. Dennoch wolle man ein Zeichen setzen, erklärt er zum Vorschlag einer Dreidezernatenlösung. Einsparungen und Verschlankungen seien in diesen finanziell angespannten Zeiten alternativlos. Man wolle diese nicht nur auf der unteren Ebene der Hierarchie umsetzen. Dass die Umstrukturierung der Fachbereiche Ängste, Fragen und Zweifel auslöse, könne er verstehen. OBM Dr. Knecht betont, die aus seiner Sicht positiven Aspekte der Umstrukturierung, etwa die Ausgliederung der Wirtschaftsförderung. Diese gehe nicht einfach im Eigenbetrieb Tourismus und Events auf, es entstehe ein neuer, innovativer Fachbereich Wirtschaft, Tourismus, Events. OBM Dr. Knecht erneuert außerdem seine Zusage zur Ludwigsburger Garantie und merkt an, dass es keine betriebsbedingten Kündigungen geben werde. Er dankt allen Beteiligten.

BM **Mannl** ergänzt und kommentiert die Verwaltungsneuorganisation aus seiner Sicht und betont, dass es Zeit, intensives Management und Führungsstärke brauche, die Mitarbeiterschaft in den Veränderungsprozess einzubinden und er hoffe auf Verständnis, wenn auf diesem Weg manche Themen länger dauern werden. Er

appelliert gemeinsam Kompromisse zu finden und wirbt auf die Stärken der Stadt zu setzen.

BMin **Schwarz** unterstützt die Konsolidierung und den Wegfall einer Bürgermeisterstelle und ist davon überzeugt, dass kein Weg daran vorbeiführe. Gemeinsam sehe man von vier Dezernaten ab. BM Mannl und sie seien auf acht Jahre gewählt, deshalb sei eine freiwillige Lösung notwendig und hierfür brauche es Zeit. Bis dahin werde man mit voller Überzeugung und Hingabe für Ludwigsburg arbeiten und zusammenhalten.

Der Prozess führe zu Veränderungen und Herausforderungen, aber auch zu Klarheit und Synergien sowie Optimierung, insbesondere bei Abstimmungen, fügt EBMIn **Schmetz** hinzu.

Für den Personalrat nimmt die **Personalratsvorsitzende** anschließend Stellung zur Neuorganisation der Verwaltung: „Sehr geehrte Anwesenden, die Stellungnahme des Personalrats liegt dieser Vorlage vor, auch kennt die Belegschaft der Stadt Ludwigsburg den Inhalt. Der Personalrat begrüßt die geplanten Modernisierungen und Strukturänderungen in der Verwaltung grundsätzlich. Wir sehen die Zielsetzung, die Verwaltung effizienter, moderner und widerstandsfähiger zu gestalten, positiv. Gleichzeitig möchten wir betonen, dass solche Veränderungen Zeit, offene Kommunikation und das Vertrauen aller Mitarbeitenden benötigen. Nur so können wir gemeinsam einen erfolgreichen Umbruch erreichen. Wir sind jedoch kritisch gegenüber den angekündigten kurzfristigen Einsparungen, insbesondere durch Stellenabbau im Führungs- und Assistenzbereich. Solche Maßnahmen könnten auf den ersten Blick Kosten senken, aber in der Praxis eher zu zusätzlichem Aufwand und Belastungen führen. Deshalb fordern wir eine sorgfältige Aufgaben- und Prozessanalyse, um sicherzustellen, dass die Modernisierung wirklich auf einer soliden Grundlage erfolgt und nicht nur Strukturen verschoben werden. Wir als Personalrat legen großen Wert auf die aktive Einbindung der Mitarbeitenden in den Veränderungsprozess. Wir fordern, dass ausreichend Ressourcen für Change-Management bereitgestellt werden, damit die Mitarbeitenden bei den Veränderungen begleitet werden können. Bei der Zusammenführung von Aufgabenfeldern müssen Fachlogiken und Zielgruppen gewahrt bleiben, um Qualität und Fachkompetenz nicht zu gefährden. Zudem sprechen wir uns gegen betriebsbedingte Kündigungen aus und fordern, dass alle Mitarbeitenden auf allen Ebenen in den Prozess eingebunden werden. Wir sind überzeugt, dass eine nachhaltige Verbesserung der Verwaltung nur gelingen kann, wenn Wertschätzung, Mitbestimmung und Transparenz im Mittelpunkt stehen. Der Personalrat ist bereit, den Veränderungsprozess konstruktiv zu begleiten. Wir möchten gemeinsam mit allen Beteiligten eine Verwaltung schaffen, die zukunftsfähig ist und auf den Prinzipien der Mitbestimmung basiert. Denn nur so können wir sicherstellen, dass die Mitarbeitenden die Veränderungen mittragen und die Verwaltung auch langfristig leistungsfähig bleibt. Auch an Sie, den Gemeinderat, richten wir heute unseren Appell: Halten Sie bei Ihren Entscheidungen, wie sie in letzter Zeit gefallen sind, die Augen offen! Es ist höchste Zeit, echte Einsparpotenziale zu erkennen und nicht auf Kosten der Mitarbeitenden und der Verwaltung zu agieren.“

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Aussprache.

Nachfolgend der Redebeitrag von Stadträtin **Dr. Knoß**: „Wir sind gezwungen zu sparen. Verwaltungsmodernisierung und Einsparbemühungen greifen Hand in Hand. Der Verwaltungsumbau erlaubt Einsparungen, die erst mittelfristig zum Tragen

kommen, aber er kann auch die Effizienz steigern und Synergien mehrten. Die Verwaltungsspitze hat sich mit den Fraktionen auch schon mehrfach beraten – die jetzige Vorlage hat auch Anregungen der Fraktionen aufgegriffen, etwa den Verbleib der Funktion „Klimaschutz“ im Querschnittsreferat „Stadtentwicklung“. Aber auch ganz neue Impulse kommen mit der Reorganisation der Verwaltung zutage: Denken wir etwa an den Punkt „Aufbau einer Finanzsteuerung mit Controlling“. Vieles wird jetzt durcheinander gerüttelt und wir möchten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt ermutigen, sich engagiert am Wandel zu beteiligen. Und wir verlassen uns auf das Versprechen, dass keine betriebsbedingten Kündigungen ausgesprochen werden. Allerdings ist natürlich auch wahr: diejenigen, die ihre befristete Stelle nicht verlängert bekommen, die müssen sich nun nach etwas Neuem umsehen und vielleicht wird es gar nicht so einfach, denn gespart wird überall. Auf Mitarbeitende, die noch hierbleiben, wird voraussichtlich mehr Arbeit zukommen und auch so manche Umstellung. Sicher ist auch manchmal was Unnötiges getan worden. Sicher war vielleicht manches auch etwas aufgeblasen, oder es gab Doppelstrukturen. Es wird in den verbleibenden drei Dezernaten bewusste Konzentration auf das Wesentliche geben müssen. Es bleibt aber doch das Gefühl, dass wir auf einiges werden verzichten müssen. Und das möchte ich auch nicht schönreden. Es wird nicht mehr gehen, dass sich drei Dezernenten um ein Thema wie die Schulgasse kümmern. Mit vor Ort Termin und noch mehreren Mitarbeitenden. Das ist so schade, denn Bürgerbeteiligung ist sehr wichtig. Und wir selber müssen uns abgewöhnen, dass wir mehrere Runden drehen und immer noch mal was verändert haben möchten. Außerdem müssen wir darauf achten, dass die nachhaltige Mobilität nicht auf der Strecke bleibt und nicht einfach nur einen neuen Namen erhält. Die Art der Mobilität ist für den Klimaschutz enorm wichtig. Aber tatsächlich nicht nur. Die Leute möchten ohne Probleme von A nach B kommen und diese Herausforderung wird immer schwieriger. So viel Mobilität, dazu so viele notwendige Baustellen, viele Events. Funktionierende Mobilität ist wichtig für die Zufriedenheit der Menschen in unserer Stadt. Letztlich gestehen wir Ihnen als Verwaltungsleitung auch zu, dass Sie ein gewisses Vorrecht gegenüber dem Gemeinderat haben, mit welchem Aufbau die Verwaltung arbeitet. Sie machen das im Hauptberuf und an jedem Tag von früh bis spät. Ja, auch für unsere Ausschuss-Arbeit wird sich vieles ändern, aber auch wir stellen uns dem Veränderungsprozess. Wir stimmen der Vorlage zu.“

Stadtrat **Herrmann** weist darauf hin, dass der Gemeinderat durch die Änderung der Hauptsatzung in der letzten Wahlperiode bereits mit gutem Beispiel vorangegangen sei. Mit großer Mehrheit werde seine Fraktion der Reduktion auf drei Dezernate zustimmen. Die Wirtschaftsförderung brauche weiterhin engen Kontakt und direkten Zugang zum Oberbürgermeister. Die Auslagerung zu TELB werde daher kritisch gesehen. Die Neugliederung solle als Chance gesehen werden, für die Verwaltung insgesamt und für die einzelnen Mitarbeiter. Ludwigsburg stelle sich damit für die Zukunft auf, auch hinsichtlich des kommenden Fachkräftemangels. Die Reduzierung von Aufgaben und eine Aufgabenprozessanalyse sei notwendig, insbesondere im Planungsbereich. Dienstleistungen, die Pflichtaufgaben seien, sollen zeitnah erbracht werden, ansonsten müssen konkrete Maßnahmen erfolgen. Er bittet um getrennte Abstimmung der Ziffern 1 und 2.

Stadtrat **Peifer** dankt allen Beteiligten für die Erstellung des Maßnahmenpakets. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen. Ludwigsburg sei bereits in der Umsetzungsphase. Er setzt auf eine faire Umsetzung und weiterhin auf ein gutes Miteinander.

Stadtrat **Maier** erkennt eine Konsolidierung, jedoch noch keinen innovativen und modernen Aufbruch. Eine Stadtverwaltung funktioniere wie eine Computersoftware, wenn man zu sehr spare, werde es fehlerhaft und zeitverzögert. Eine Kürzung solle auf allen Ebenen stattfinden, deshalb werde er die Reduzierung auf drei Dezernate mittragen. Die Auslagerung der Wirtschaftsförderung werde kritisch gesehen, seine Fraktion habe sich eine Stabsstelle oder weiterhin einen Fachbereich gewünscht. Dennoch werde diese Änderung mitgetragen. Der neue Fachbereich Sport und Kultur habe künftig ein breites Spektrum, gibt er zu bedenken. Das Gesamtpaket werde, wenn auch nicht gerne, mitgetragen. Er hoffe weiterhin auf eine gute Einbindung in die Prozesse, wenngleich er künftig schwere Zeiten befürchte.

Die Stadtverwaltung stehe finanziell, strukturell und organisatorisch vor einer großen Herausforderung, sagt Stadträtin **Kuhnke**. Eine zielgerichtete, leistungsstarke und effiziente Verwaltung sei notwendig. Ihre Fraktion befürworte die Reduzierung auf drei Dezernate. Dieser Schritt sei konsequent, überfällig und ein Signal an die Bürgerschaft zum verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern. Die Aufteilung und Zusammenlegung der Dezernate obliege dem Oberbürgermeister, er trage auch die Verantwortung für die Leistungsfähigkeit. Ein verschlankter Verwaltungsapparat bedeute weniger Abstimmungsaufwand, schnellere Entscheidungswege, mehr Klarheit in der Verantwortung, verstärke die Handlungsfähigkeit und reduziere langfristig Kosten, nicht nur personell, sondern auch strukturell. Die Veränderung bedeute personelle und organisatorische Einschnitte. Sie fordere statt der Ludwigsburger Garantie einen umfassenden Sozialplan, also auch betriebsbedingte Kündigungen und kritisiere die Berichterstattung zu ihrem Wortbeitrag aus der letzten Sitzung. Ein gut durchdachter Sozialplan kann ein fairer Ausgleich sein, stelle eine Chance dar, federe soziale Härten ab und bedeute Transparenz, Fairness und Planbarkeit für die Betroffenen und die Organisation. Es brauche Mut, zu priorisieren und gezielt Leistungsträger auszuwählen, diese stärker einzubinden und zu fördern, erklärt sie. Qualität vor Quantität solle die künftige Richtschnur sein. Eine solche Neustruktur gelinge nur mit einer kompetenten, entschlossenen und klaren Führung. Eine starke Führungskultur bedeute Entscheidungen treffen, Verantwortung übernehmen, Leistung einfordern und Vorbild sein. Die neue Struktur müsse Führung klarer, verbindlicher und effizienter machen. Ihre Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Stadtrat **Haag** dankt für die Statements der Dezernenten. Wertschätzung sei wichtig und Kern der Umsteuerung, die die ganze Verwaltung betreffe. Seine Fraktion fordere seit Jahren Aufgaben zu reduzieren und werde der Vorlage zustimmen.

Der hochkomplexe und dynamische Umbauprozess der Verwaltung sei notwendig, sagt Stadtrat **Tübek**. Struktur alleine mache keine bessere Verwaltung. Es brauche Dialog, Beteiligung und Fürsorge für die Menschen, die das System tragen. Vertrauen dürfe nicht verspielt und keine sozialen Härten erzeugt werden. Es brauche echte Beteiligung, Aufgabenkritik und Schutz vor Überlastung. Er werde der Vorlage zustimmen.

Stadtrat **Dogan** begrüßt die Entscheidung der Verwaltung, die Strukturen kritisch zu hinterfragen und einen Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu leisten. Nach den erfolgten Steuerhöhungen sei dies ein wichtiges Signal. Es müsse sichergestellt sein, dass die Veränderungen sozial verträglich erfolgen. Bei der Neuverteilung der Fachbereiche sei darauf zu achten, dass Erfahrungen und Stärken der Beschäftigten berücksichtigt werden. Bei einzelnen Versetzungen müssen die betroffenen

Mitarbeitenden frühzeitig eingebunden und ausreichend eingearbeitet werden. Die Begleitung in der Übergangsphase sei entscheidend für den Erfolg.

Nach dieser Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht**, getrennt nach den Ziffern 1, 2 und 3 bis 5, über die Vorlage Nr. 223/25 Beschluss fassen.

TOP 3

**Zentrale Innenstadt-Entwicklung
Ludwigsburg (ZIEL)
Entwurfs- und Baubeschluss Gestaltung
westliche Teilfläche Schillerplatz**

Vorl.Nr. 203/25

Abweichender Beschluss:

1. Entwurfs- und Baubeschluss westliche Teilfläche Schillerplatz

Der Entwurfs- und Baubeschluss zur Sanierung und Umgestaltung der Teilfläche des Schillerplatzes wird vorbehaltlich der Finanzierung durch die Kreissparkasse Ludwigsburg gefasst. Grundlage ist die beiliegende Entwurfsplanung vom 17.06.2025 (Anlage 1, **mit bis zu 4 Stellplätzen an der Schulgasse**), des Büros MANN Landschaftsarchitektur, Marktstraße 14, 36037 Fulda.

Die Gesamtprojektkosten für die Umgestaltung der westlichen Teilfläche belaufen sich gemäß Kostenberechnung zum Entwurf vom 17.06.2025 auf 2.458.988,26 Euro (inkl. Mehrwertsteuer, 26 % Baunebenkosten, 10 % Sicherheit). Die Gesamtprojektkosten werden von der Kreissparkasse Ludwigsburg als künftige Erbbauberechtigte getragen. Dazu erhält sie eine maximale Förderung i.H.v. 700.000 € aus dem Bund-Länder-Programm "Wachstum und nachhaltige Erneuerung – lebenswerte Quartiere gestalten". Der städtische Anteil der Förderung beträgt hierbei 280.000 €.

Die Stadt wird ermächtigt, hierzu einen Ordnungsmaßnahmenvertrag mit der Kreissparkasse abzuschließen.

Die Stadt wird weiterhin ermächtigt, die westliche Teilfläche des Schillerplatzes im Rahmen eines Erbbaurechts auf die Kreissparkasse Ludwigsburg auf 20 Jahre zu übertragen. Zur Durchführung der Baumaßnahmen bedarf es weiterer vertraglicher Regelungen mit der Kreissparkasse Ludwigsburg.

2. Vergabe der Planungsleistungen für die Freiraumplanung

Die bisher entstandenen Planungskosten für die Entwurfsplanung (Leistungsphase 3) durch das Büro MANN werden anteilig durch die Stadt Ludwigsburg mit 50 % und durch die Kreissparkasse Ludwigsburg mit 50 % getragen. Die Anteile betragen jeweils 30.000 €.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Jordan
 - Stadträtin Liepins
 - Stadtrat Zeltwanger

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die ausführliche Vorberatung im Bauausschuss am 17.07.2025 und die dort einstimmig gefasste abweichende Beschlussempfehlung.

BM **Mannl** geht auf den zwischenzeitlich stattgefundenen Ortstermin mit Elternvertretern und der Schulleitung ein. Man werde ein zeitlich begrenztes Durchfahrtsverbot an der Schulstraße anordnen. Außerdem werde man mit der Planung und mit baulichen Änderungen entsprechend reagieren. Es werde ein Evaluationsgespräch geben.

Bei angepasster Geschwindigkeit sei eine Begegnung möglich, so BMin **Schwarz** zu den Schleppkurven.

OBM **Dr. Knecht** ergänzt, klar sei aber, dass die Zufahrbarkeit zum Notariat und die Zufahrbarkeit für die Lehrerschaft gewährleistet sein muss. Auch benötige die Kreissparkasse bis zu 4 Stellplätze. Dies werde auch in der Zeit des Befahrungsverbotess sichergestellt. Die Stadtverwaltung werde dort Präsenz zeigen. Zudem werde das Tempo auf 20 km/h reduziert und dies werde auch kontrolliert.

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Aussprache.

Stadträtin **Dr. Knoß** bestätigt die umfangreiche Kommunikation zu diesem Thema, wenngleich man nicht allen Menschen gerecht werden könne. Vieles sei aufgrund des Engagements der Eltern erreicht worden. Die Kontrollen seien wichtig. Der KOD könne allerdings nur den ruhenden Verkehr kontrollieren, gibt sie zu bedenken. Sie weist auf die Problematik zum Schulschluss in der Wilhelmstraße hin. Ihre Fraktion werde der Vorlage zustimmen. Der begrünte Platz werde dringend gebraucht. Sie dankt der Kreissparkasse. Die Stadt alleine hätte dieses Projekt nicht stemmen können.

Stadtrat **Braumann** dankt für die Klarstellung und spricht ebenso seinen Dank an die Sparkasse aus und lobt das schöne Entrée. Er wünscht eine zügige Umsetzung.

Stadtrat **Dr. O'Sullivan** knüpft an den Wortbeitrag von Stadträtin Dr. Knoß an. Seit Jahrzehnten warte man auf die Neugestaltung des Schillerplatzes. Er spricht seinen Dank an die Kreissparkasse aus. Das Verkehrsproblem in der Schulgasse habe es schon immer gegeben. Anlässlich der Umgestaltung konnte eine Verbesserung erzielt werden. Seine Fraktion könne sich in der Zukunft auch eine Schließung der Schulgasse vorstellen.

BM **Mannl** geht auf die Schulsicherheit ein, welche für die Verwaltung eine Herzensangelegenheit sei. Elternbeschwerden sollen direkt an die Verwaltung gemeldet werden.

OBM **Dr. Knecht** dankt dem Team der Kreissparkasse Ludwigsburg und allen Beteiligten.

Nach dieser Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** über die abweichende Beschlussempfehlung, wie oben kursiv eingefügt, abstimmen.

TOP 4	Eckpunkte der Betriebskostenförderung von Kinderbetreuungseinrichtungen in Ludwigsburg (Kindergartenvertrag)	Vorl.Nr. 129/25
--------------	---	------------------------

Abweichender Beschluss:

1. Die Betriebskostenförderung der Kindertageseinrichtungen in Ludwigsburg wird neu ausgestaltet. Den Trägern wird die Auswahl zwischen vier Förderstufen eingeräumt (siehe Anlage 1 „Fördersystematik“)
2. Die Betriebskostenförderung erfolgt gemäß den anerkannten förderfähigen Betriebskosten (Anlage 2 Betriebskostenmatrix).
3. Der neue Vertrag über den Betrieb und die Förderung von Ludwigsburger Kindertageseinrichtungen tritt rückwirkend zum 01.01.2025 in Kraft.
4. Für das Kalenderjahr 2024 werden die Regelungen des bisherigen Vertrages angewandt.
5. Das Defizit der Träger Evangelische Gesamtkirchengemeinde Ludwigsburg, Katholische Kirche Ludwigsburg und AWO Ludwigsburg gGmbH im Zeitraum 01.01.2024 bis 31.12.2024, welches sich aus der Teilnahme an der Sprachförderung des Ludwigsburger Modells und der Ausbildungskosten ergibt, wird einmalig von der Stadt übernommen.
6. Die Verwaltung wird beauftragt, anhand der beschlossenen Eckpunkte und Rahmenbedingungen ein entsprechendes Vertragswerk für die jeweiligen Förderstufen zu erarbeiten und Fördervereinbarungen mit den Trägern abzuschließen. Sämtliche Einzelbeschlüsse entfallen, welche die Stadtverwaltung zur Sicherung der Träger in den letzten Jahren gefasst haben.
7. Die Steuerung der Vergabe von Betreuungsplätzen (gemäß Anlage 1) erfolgt künftig zentral, um eine transparente, faire und effiziente Platzvergabe sicherzustellen. Der hierfür erforderliche zusätzliche Personalaufwand von 2,0 VZÄ ist nach einer Personalbedarfsbemessung unbefristet im Stellenplan zu berücksichtigen.
8. Die städtische Revision erhält den Auftrag, jährlich **stichprobenartig oder anlassbezogen** eine detaillierte Prüfung bei einem ~~ausgewählten Träger~~ **den Trägern** durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Jordan
 - Stadträtin Liepins
 - Stadtrat Zeltwanger

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Bildungs- und Sozialausschuss am 23.07.2025 und die dort einstimmig gefasste abweichende Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über den abweichenden Beschlussvorschlag abstimmen.

TOP 5

Anpassung der Kitagebühren
- Satzungsänderung

Vorl.Nr. 213/25

Beschluss:

Der Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Kindertageseinrichtungen der Stadt Ludwigsburg (Anlage 1 der Vorlage Nr. 213/25) wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 27 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Jordan
 - Stadträtin Liepins
 - Stadtrat Zeltwanger

Beratungsverlauf:

Das Gremium verzichtet auf Sachvortrag und Aussprache. OBM **Dr. Knecht** lässt sogleich über die Vorlage Nr. 213/25 Beschluss fassen.

d) Verhandlungsauftrag für Baufeld 22 im Erbbaurecht

(siehe Anlage – türkis dargestellt)

Teilfläche von Flurstück 1262/4 ca. 1.907 m²

Die Verwaltung wird beauftragt mit einem Träger einer Einrichtung für eine inklusive Wohngruppe für das 2. und 3. Obergeschoss über der Kindertageseinrichtung zu verhandeln.

e) Baufelder 18 und 19 Geschoßwohnungsbau für Baugemeinschaften

(siehe Anlage - gelb dargestellt)

Teilfläche von Flurstück 1392/7 ca. 1.156 m²

Teilfläche von Flurstück 1392/7 ca. 847 m²

f) Verhandlungsauftrag für die restlichen Baufelder in Baucluster II

(siehe Anlage 2 – grün dargestellt)

Die Verwaltung wird beauftragt mit der Vermarktung der restlichen Baufelder in Baucluster II weiter voranzuschreiten. Entsprechende Gemeinderatsbeschlüsse werden zu späteren Zeitpunkten sukzessive eingeholt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der abweichende Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Jordan
 - Stadträtin Liepins
 - Stadtrat Zeltwanger

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die nichtöffentliche Vorberatung im Bauausschuss am 17.07.2025 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung.

Anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beiliegt, erläutert BMin **Schwarz** den Sachverhalt und geht auf die Vorlage ein.

OBM **Dr. Knecht** eröffnet die Aussprache.

Stadtrat **Sorg** freut sich über die gute Durchmischung im neuen Quartier und lobt die differenzierte Betrachtung. Das Erbbaurecht werde sich positiv auf Familien auswirken und die Stadt habe langfristig Einfluss auf die Flächen. Die Baupflicht

verhindere Baulücken und Baugemeinschaften sorgen für stabile Hausgemeinschaften. Bestandhalter seien auf das Gemeinwohl ausgerichtet und sichern dauerhaft bezahlbaren Wohnraum. Seine Fraktion halte weiterhin an ihren Antrag vom 17.02.2022 fest. Der Anteil an preisgebundenen Wohnraum müsse höher werden und lange in der Bindung bleiben. Außerdem müsse die Stadt aktiv den kommunalen Wohnungsbestand gemeinsam mit der Wohnbau erweitern und aufbauen. Aktive Bodenbevorratung und soziale Kriterien bei der Wohnraumvergabe seien wichtig. Er dankt dem Integrationsrat für die Antragstellung, mit dem ein stärkere Fokus auf größere Familien fördere. Hier müsse man den Bestand und Leerstand betrachten. Er fragt, wie der Antrag des Integrationsrats weiterbehandelt werde. Seine Fraktion werde der Vorlage zustimmen.

Mit dem heutigen Beschluss setze man ein nachhaltiges Zeichen, sagt Stadtrat **Braumann** und man sichere sich langfristig die Steuerungsfähigkeit. Der Mix sei gut und habe sich bereits in anderen Quartieren bewährt. Er lobt diese aktive Bodenpolitik, welche die sozialen Ziele in der Stadt unterstütze. Ausdrücklich werde er der LaWo-Quote von 40% zustimmen. Bewusst werde diese Ausnahme gewählt, um Wohnraum für Menschen aus systemrelevanten Berufen zu ermöglichen und die soziale Durchmischung zu stärken. Er weist darauf hin, dass die eingehenden Bewerbungen den gemeinderätlichen Gremien zur Auswahl und Abstimmung vorzulegen seien. Dem Antrag des Integrationsrates werde seine Fraktion nicht zustimmen, da die Anzahl der gesuchten 5 bis 6 Zimmerwohnungen nach dem Sozialdatenatlas eher gering sei und die Finanzierbarkeit im Neubau schwierig sei. Teilweise bieten Bauträger an, kleinere Wohnungen zusammenzuschalten, um größeren Wohnraum zu erhalten. Die zugesagte Parkierung im Quartiersparkhaus solle umgesetzt werden. Weiter geht er auf das Erbbaurecht ein. Die notwendigen Verträge seien anspruchsvoll, die Verwaltung sei hierfür gut aufgestellt. Er dankt für dieses Vorzeigeprojekt.

Stadtrat **Remmele** fragt, welchen Quadratmeterpreis das Consortium bezahlt habe. Zukünftig werde vermehrt auf Erbbaurecht gesetzt, vermutet er. Seine Fraktion werde zustimmen.

Stadtrat **Maier** lobt das Konzept und signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion. Der Wohnberechtigungsschein sei in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Mit Blick auf die demografische Entwicklung und dem Anstieg an Alleinstehenden, könne seine Fraktion mit dem Antrag des Integrationsrats nicht mitgehen. Bereits 2018 habe seine Fraktion zum Erbbaurecht einen Antrag gestellt.

Mithilfe des Erbbaurechts werde auch Familien, mit geringem Eigenkapital, die Chance auf bezahlbaren Wohnraum ermöglicht, so Stadtrat **Gröbner**. Der Wohnungsmix und das Vermarktungskonzept sei gut, lobt er.

Der Mix sei ausgewogen, sagt Stadträtin **Knecht** und lobt das Konzept. Die Zurückhaltung von zwei Grundstücken für eine mögliche Parkierung, wenn erforderlich, werde begrüßt.

Stadtrat **Tübek** sieht eine große Chance für Ludwigsburg und freut sich, dass der Antrag von DIE LINKE aus dem Jahre 2023 zur Idee des Erbbaurechts eingeflossen sei. Er könne dem Antrag des Integrationsrats zustimmen.

Stadtrat **Dogan** geht auf den Antrag des Integrationsrats und den Bedarf an großen Wohnungen ein und wünscht hierzu mehr Information.

Der Bedarf sei anhand der Wohnberechtigungsscheinanträge ermittelt worden, antwortet BMin **Schwarz** auf die vorangegangene Frage. Sie verweist auf den vorliegenden Antrag des Integrationsrats (Vorlage Nr. 232/25). Sie schlägt vor, beim einzuhaltenden Landeswohnraum-Mix (vgl. Seite 5 der Vorlage) bei den 5 bis 6 Zimmer-Wohnungen nicht von **ca.** 7 %, sondern von **mindestens** 7 % auszugehen, um so dem Anliegen des Integrationsrats teilweise Rechnung zu tragen.

Der **Leiter** des Fachbereiches Liegenschaften und Wohnen unterstreicht, dass die so vorgesehene Änderung im Sinne des Integrationsrats sei.

OBM **Dr. Knecht** stellt fest, dass sich das Gremium mit diesem Vorgehen einverstanden erklärt.

Nach dieser Aussprache lässt OBM **Dr. Knecht** über den so modifizierten Beschlussvorschlag der Vorlage Nr. 201/25 Beschluss fassen. Er stellt abschließend fest, mit dem gefassten Beschluss seien die Anträge zum Vermarktungskonzept Fuchshof (Anträge Vorl. Nr.232/25, 386/23 und 465/18) erledigt.

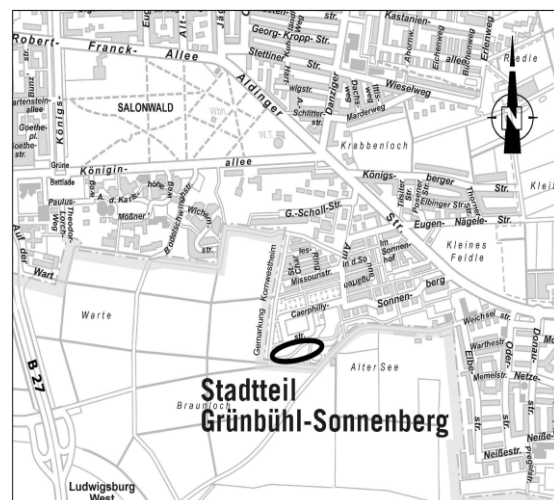
TOP 7

Bebauungsplan und Satzung über örtliche Bauvorschriften "Sonnenberg Süd-West, 2. Bauabschnitt" Nr. 104_01_00 - Entwurf und förmliche Beteiligung

Vorl.Nr. 192/25

Beschluss:

- I. Dem Entwurf des Bebauungsplanes "Sonnenberg Süd-West, 2. Bauabschnitt" Nr. 104_01_00 mit integrierter Satzung über örtliche Bauvorschriften wird zugestimmt. Maßgebend sind der Bebauungsplanentwurf (zeichnerischer Teil – Anlage 1), sowie die textlichen Festsetzungen (Anlage 2) und die Begründung (Anlage 3), jeweils mit Datum vom 27.06.2025.



- II. Ziel der Planung ist es, Wohnbaugrundstücke für eine Einzel- und/oder Doppelhausbebauung zu entwickeln.

- III. Der Bericht über die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 BauGB eingegangenen Stellungnahmen wird zur Kenntnis genommen (Anlage 4). Die abschließende Abwägungsentscheidung über die eingegangenen Stellungnahmen bleibt dem Satzungsbeschluss vorbehalten.
- IV. Die Verwaltung wird beauftragt, den Bebauungsplan und die Begründung gem. § 3 (2) BauGB öffentlich auszulegen und die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 (2) BauGB einzuholen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Jordan
- Stadträtin Liepins
- Stadtrat Zeltwanger

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Bauausschuss am 17.07.2025 und die dort mehrheitlich gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 192/25 Beschluss fassen.

TOP 8

**Lärmaktionsplan Ludwigsburg - 4.
Fortschreibung - Offenlage**

Vorl.Nr. 208/25

Beschluss:

Die Ergebnisse der Lärmkartierung/Lärmaktionsplanung 2023/24 (Runde 4) vom Büro Modus Consult Ulm werden zur Kenntnis genommen. Es erfolgt die Bekanntmachung der vierwöchigen öffentlichen Auslegung. Die Öffentlichkeit hat die Möglichkeit, sich zur Lärmkartierung zu äußern und aktiv an der Lärmaktionsplanung Ludwigsburg mitzuwirken. Parallel zur Öffentlichkeitsbeteiligung wird die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange (TÖB) und der Nachbarkommunen durchgeführt. Die Rückmeldungen im Rahmen der Mitwirkung der Öffentlichkeit und der Träger öffentlicher Belange fließen in den weiteren Prozess zum Lärmaktionsplan Ludwigsburg ein.

In einer abschließenden öffentlichen Gemeinderatssitzung werden die Ergebnisse der Auslegung vorgestellt und es erfolgt der Beschluss zur Lärmaktionsplanung 2023/24 (Runde 4)

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 38 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Jordan
 - Stadträtin Liepins
 - Stadtrat Zeltwanger

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Mobilitäts- und Umweltausschuss am 24.07.2025 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 208/25 Beschluss fassen.

TOP 9

**Entwurfs- und Baubeschluss
Radschnellweg 8 Seestraße bis
Oststraße**

Vorl.Nr. 210/25

Beratungsverlauf:

Dieser Tagesordnungspunkt wurde vor Sitzungsbeginn von der Tagesordnung abgesetzt (vgl. Beratungsverlauf zu TOP 1).

Beschluss:

Die Akademie für Darstellende Kunst Baden-Württemberg wird in den Haushaltsjahren 2026-2030 mit einem Betriebskostenzuschuss i.H.v. 150.000,00 Euro pro Jahr gefördert. Der Zuschuss steht im jeweiligen Jahr unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Haushaltsplans.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 32 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadträtin Jordan
 - Stadträtin Liepins
 - Stadtrat Zeltwanger

Beratungsverlauf:

OBM **Dr. Knecht** verweist auf die Vorberatung im Bildungs- und Sozialausschuss am 09.07.2025 und die dort einstimmig gefasste Beschlussempfehlung. Ein Sachvortrag wird seitens des Gremiums nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Dr. Knecht lässt über die Vorlage Nr. 195/25 Beschluss fassen.

OBM **Dr. Knecht** schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.